



Friedenszentrum Braunschweig e.V.

18.10.10

Goslarsche Str. 93
D-38118 Braunschweig
T: 0531-893033 + -351147
E: friedenszentrum@arcor.de
Kto: 123 87-305 PB Han (250 100 30)

Rundbrief 7-10

1. **Berichte**
2. **Aufrufe**
3. **Termine / Zitat / Bitte**

Berichte

„Staat und Krieg“ – Vortrag von Professor Krippendorff am 2.9.2010 auf dem Campus

Wer sich um Frieden bemüht, sollte sich der Ursachen des Krieges bewusst werden. Einen wichtigen Beitrag in diesem Sinne leistete der Politikwissenschaftlicher Professor Ekkehard Krippendorff mit seinem Buch „Staat und Krieg“, dessen Analyse über die beiden titelgebenden Stichworte eine „historische Logik politischer Unvernunft“ konstatierte. Knapp 25 Jahre nach Erscheinen des Buches lud das Braunschweiger Friedenszentrum Professor Krippendorff im Rahmen des Antikriegstages 2010 zu einem Vortrag in das Institut für Sozialwissenschaften der TU Braunschweig ein. Gemeinsam mit den 40 Anwesenden entwi-



ckelte sich der Vortrag am 2.9. zu einer weitverzweigten Diskussionsrunde über zeitnahe und zeitlose Fragen der Friedensforschung. Eines der zentralen Themen bildete das Problem des Nationalismus. Zwar gehe von diesem laut Krippendorff keine akute Kriegsgefahr mehr aus; dennoch dürfe man das prinzipielle Motivationspotenzial der Vision einer nationalen Staatsidentität nicht unterschätzen. Schon ihre Verbreitung durch Machthaber und Intellektuelle im 19.Jh. habe dazu gedient, den Glauben der Bevölkerung an die Notwendigkeit eines Krieges, zunächst gegen Napoleon, zu stärken. Das Bewusstsein einer Unterscheidung in Deutsche und „Andere“ wirke dabei als Kriegsgrund, sei es um in einer pseudoexistentiellen Dimension für „uns Deutsche“ oder, milder gesprochen, „nationale Interessen“ zu kämpfen. Gravierend gestaltet sich vor allem die Verknüpfung des Nationalstaates mit der Idee des nationalen Militärs, welches zugleich zur „Schule der Nation“ verklärt werde. Der Glaube an die Notwendigkeit des Militärs forme das Bewusstsein von den Methoden der Politik; militärisch bedeutet dies:

Befehl und Gehorsam, Zweckrationalität und simple Konfliktbereinigung durch Gewalt. Die zivile Auseinandersetzung werde in dieser Denkart hingegen systematisch verdrängt. Vor dem Hintergrund seiner Überlegungen plädierte Krippendorff daher für eine Abschaffung der Bundeswehr bei gleichzeitiger Förderung solcher Dienste wie etwa dem Freiwilligen Sozialen Jahr. Zur Etablierung einer Kultur des Friedens gehöre letztendlich die Beseitigung des Militärbewusstseins.

Einen ausführlichen Bericht findet sich unter anderem auf der Website

<http://www.hanskottke.de/wordpress/?p=1105>

Kristoffer Klement, Praktikant im Friedenszentrum

Welche Verantwortung haben wir für Israel und Palästina?

Friedenszentrum und Friedensbündnis präsentierten am 13.10. im mit über 100 Besuchern überfüllten Hörsaal der TU das momentan wieder hochaktuelle Thema, seit die ersten zaghaften Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern trotz eines Bombenanschlags in Gang gekommen sind.

Unterstützt wurde die Veranstaltung vom ASTA der TU, IPPNW, ATTAC und vom DGB.

Die drei Podiumsgäste Edo Medicks (ein ehemaliger israelischer Besatzungssoldat), Joachim Hempel (Domprediger) und Michael Kleber (DGB-Regionsvorsitzender) wurden von Dr. Ute Lampe (einer langjährigen Friedensaktivistin) moderiert. Frieder Schöbel vom Friedenszentrum übersetzte.

Wichtig war den Veranstaltern, neutral und sachlich über die deutsche Verantwortung für die Krisenregion Naher Osten zu informieren und zu diskutieren. Zu diesem Zweck hatten sie Vertreter von Kirche und Gewerkschaften eingeladen, die traditionell mit dem Staat Israel eng verbunden sind.



Ihnen standen die schlimmen Erfahrungen des israelischen Soldaten Edo Medicks entgegen. Man könne nicht wegschauen, wenn durch die „Militärherrschaft“ in den besetzten Gebieten Menschenrechte immer wieder verletzt würden. Dort habe die Armee die vollständige Kontrolle über den Alltag der Palästinenser und übe diese oft willkürlich aus. Das betreffe die vielen Checkpoints, aber sogar die Möglichkeit zur Arbeit, zur Schule zu gehen oder ein Krankenhaus zu erreichen. Wenn dies kritisiert werde, habe es nichts mit Antisemitismus zu tun. Hierin war sich das Podium einig.

Domprediger Joachim Hempel stellte die „Friedensarbeit“ heraus, die die christlichen Kirchen dort als Vermittler direkt vor Ort betreiben.

Seiner Meinung nach müsse die Kirche den Dialog der Religionen dort noch energischer und offener vorantreiben.

Der Gewerkschafter Michael Kleber betonte, dass er sich keine Lösungsvorschläge für den Konflikt anmaße, da er zu kompliziert sei. Zudem berichtete er von einem seit Jahrzehnten andauernden Jugendaustausch zwischen israelischen und deutschen Gewerkschaften. Auch er setzte sich nachdrücklich für offene Kritik an unfairen Arbeitsbedingungen der Palästinenser innerhalb und außerhalb Israels ein. Edo Medicks musste drei Jahre lang seinen Pflichtdienst bei der israelischen Armee in den besetzten Gebieten der Westbank ableisten. In dieser Zeit erlebte er krasse Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung.

Diese Erfahrungen haben ihn sehr verändert. Er sagte, er liebe zwar sein Heimatland Israel, aber es habe sich jetzt zu einer Tyrannei entwickelt. Gerade deswegen möchte er für die Wiederherstellung der Demokratie für alle Bewohner seines Landes kämpfen. Dies müsse aber mit gewaltfreien Mitteln geschehen. Israel sei nach formalen Kriterien den westlichen Demokratien sehr ähnlich. Es sei auch eine Industrienation, die zudem viele Handelsverträge mit europäischen Staaten abgeschlossen habe und immer noch abschließen. Zu diesem Zweck habe das Land viele Menschen- und Völkerrechts-Konventionen unterschrieben, an die es sich allerdings nicht halte. Die Regierungen Europas reagierten hierauf aber nicht. Deshalb sieht er den einzigen Ausweg für Palästinenser und Europäer derzeit nur darin, dass einzelne Menschen handeln und zum Beispiel israelische Waren nicht kaufen. Dies werde die israelische Regierung zu mehr Menschlichkeit und mehr Kompromissen zwingen.

Domprediger Hempel schlug angesichts der vielseitigen, aber sehr engagierten Diskussion vor, zu dem Thema eine Vortragsreihe einzurichten, in der bei jedem Vortrag detailliertere Themenschwerpunkte gesetzt werden sollten. Hier müsse noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Mit der Frage „Wussten Sie zum Beispiel, dass es arabischstämmige Israelis gibt?“ brachte Joachim Hempel schließlich den Bedarf an Informationen auf den Punkt.

Daniel Gottschalk

„Gesetze sind nicht auf Pergament, sondern auf empfindliche Menschenhaut geschrieben.“



Dieses Zitat von Fritz Bauer steht auf der Fritz-Bauer-Medaille, die unser Mitglied **Helmut Kramer** von der „Humanistischen Union“ am 9. Oktober in Köln überreicht bekam. Die Preisverleihung fand auf seinen Wunsch an einem geschichtsträchtigen Ort statt: der Kölner Zentrale der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) – heute die beeindruckende Kölner Dokumentationsstätte über die NS-Terrorherrschaft.

Die Bundesvorsitzende der Humanistischen Union Rosemarie Will, Professorin für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechts-

theorie an der Humboldt-Universität zu Berlin, legte die Gründe dar, warum der Preis an Helmut Kramer verliehen wurde. Sie beschreibt ihn als einen unermüdlichen und unbestechlichen Juristen und als einen Menschen, der durch seine Arbeit die Justiz menschlicher gemacht habe:

„Die Humanistische Union verleiht ihren diesjährigen Fritz-Bauer-Preis an den früheren Richter am Oberlandesgericht Braunschweig, Dr. Helmut Kramer. Mit der Entscheidung würdigt die Bürgerrechtsorganisation Kramers Initiativen zur Aufarbeitung der Justizgeschichte des Nationalsozialismus, sein Engagement für Gedenkstätten und die rechtshistorische Ausbildung junger Juristen, seinen Einsatz gegen das Rechtsberatungsgesetz und nicht zuletzt die friedenspolitischen Bemühungen des Preisträgers.

Helmut Kramers ... Name steht gleichermaßen für die Rehabilitierung der Opfer, für die lokalhistorische Dokumentation der Verbrechen, für die Aufdeckung personeller Kontinuitäten in der bundesdeutschen Justiz, die Aufhebung des NS-Unrechts und die rechtshistorische Bildungsarbeit.“

Vollständiger Bericht: www.unser-braunschweig.de

Friedensorganisationen fordern von Bundeskanzlerin Merkel eine internationale Abrüstungsinitiative im UN-Sicherheitsrat zum Stopp aller Rüstungsexporte

Die Bundesrepublik Deutschland ist für zwei Jahre in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt worden. Die Vereinten Nationen wollen ihre Kräfte vereinen, „um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“.

Von diesem selbst gesetzten Ziel sind die Vereinten Nationen heute sehr weit entfernt“, kritisierte Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des RüstungsInformations-Büros (RIB e.V.). „Anstatt konsequent zur Konfliktprävention und –deeskalation beizutragen, liefern allein die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats rund 67 Prozent – also zwei Drittel – aller Waffen.“

Nach den USA und Russland ist Deutschland mit einem Marktanteil von 11 Prozent der **drittgrößte staatliche Weltwaffenexporteur**. Mit der Wahl Deutschlands in den UN-Sicherheitsrat steigert sich der Gesamtanteil von dessen Mitgliedern auf mehr als drei Viertel.

„Erst pumpen die Staaten des UN-Sicherheitsrats den Globus mit Kriegswaffen voll, anschließend entsenden sie ihre Armeen in so genannten ‚Friedensmissionen‘ zum Einsammeln der eigenen Waffen. Diese Rüstungsexport- und Militärpolitik dient allenfalls den Profiten der Rüstungsindustrie, keinesfalls jedoch dem Weltfrieden“, so Paul Russmann, Geschäftsführer der Ökumenischen Aktion OHNE RÜSTUNG LEBEN (ORL).

Eine gleichsam unrühmliche Rolle spielt auch die Bundesrepublik Deutschland: „In gewaltigem Umfang lieferten und liefern Rüstungsunternehmen, wie Daimler/EADS, Heckler & Koch und andere, Waffen an kriegsführende und menschenrechtsverletzende Staaten“, so Russmanns Vorwurf mit Verweis auf die offiziellen Rüstungsexportberichte (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, Rüstungsexportbericht 2009, und Rüstungsexportbericht 2008 der Bundesregierung).

Im Namen der vier Friedensorganisationen forderte Jürgen Grässlin von der Bundeskanzlerin: „Als Mitglied des UN-Sicherheitsrats muss Deutschland die Chance nutzen und in den kommenden beiden Jahren eine langfristig angelegte internationale **Abrüstungsinitiative starten**. Wer den Weltfrieden wahren will, der muss Waffenexporte stoppen und sich zugleich für die zivile Konfliktbearbeitung stark machen.“

www.juergengraesslin.de

Aufrufe

1) ‚Ja zu demokratischen Wahlen! Nein zur Abschaffung der Stichwahlen!‘

Bitte unterzeichnen und den Aufruf auch an Freunde und Bekannte weiterleiten:

<https://www.mehr-demokratie.de/aufruf-nds-stichwahl.html>

2) Protest: „Stuttgart 21“ für alle BundesbürgerInnen:

Es ist unfassbar, mit welcher Brutalität die baden-württembergische Landesregierung die Bauarbeiten für „Stuttgart 21“ durchsetzen lässt. Tausende Bürger/innen stellten sich am Donnerstag friedlich vor die uralten Bäume im Stuttgarter Schlosspark. Auf Anordnung der Landesregierung antwortete die Polizei mit Wasserwerfern, Reizgas und Knüppeln – und verletzte Hunderte Menschen!

Innenminister Rech muss nach dem völlig unverhältnismäßigen Polizeieinsatz zurücktreten.

Ministerpräsident Mappus muss den Bau des Prestigeprojekts stoppen und mit einem Volksentscheid die Bürger/innen vor Ort über das Infrastrukturprojekt entscheiden lassen.

Beteiligen Sie sich bitte an der Mail-Aktion: <http://www.campact.de/bahn/ml4/mailer>

3) Protest gegen die Brutalität und Selbstmorde in der Russischen Armee:

<http://www.care2.com/go/z/e/AF1.j/zKGj/bYnOd>

Termine

21.10., 19 h

**VHS Alte Waage: WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS
AUSLÄNDERWAHLRECHT FÜR KOMMUNALWAHLEN? – Podiumsdiskussion
mit Fachleuten aus Landtag und Ratsfraktionen**

25.10., 19 h:

„Castor-Treck aus unserer Region fährt ins Wendland!“

Nächstes Treffen FH Wolfenbüttel, Salzdahlumer Str. 46/48, Hörsaal 120.

Ansprechpartner: Udo Dettmann, Tel: 0177 / 2 00 00 86,

dettmann@asse2.de und <http://www.ag-schacht-konrad.de/>

17.11., 19.30 h: Um Hoffnung kämpfen – Der lange Weg zum Frieden im Nahen Osten
Hörsaal PK 4.3 TU Braunschweig, Eingang Pockelsstraße 4, im EG:

Die israelische Menschenrechtsanwältin, Friedensaktivistin, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und des alternativen Nobelpreises **Felicia Langer** ist 1930 im polnischen Tarnow geboren und Tochter eines jüdischen Rechtsanwalts. 1939 Flucht vor den Nazis in die damalige Sowjetunion. 1949 heiratet sie und geht 1950 mit ihrem Mann Mieciu, der 5 Konzentrationslager überlebte, nach Israel. Nach einem Jura-Studium und dem Schock des 7-Tage-Krieges 1967 wird sie die erste israelische Rechtsanwältin, die, mit Sitz in Jerusalem, Palästinenser gegen die israelische Justiz verteidigt. 23 Jahre lang hält sie diese Stellung, gibt 1990 aus Protest ihr Büro auf und lebt seither in Tübingen.

1990 Alternativer Nobelpreis. Zahlreiche Bücher über den Nahost-Konflikt

Veranstalter: Deutsch-Palästinensischer Verein in Braunschweig

19.11., 19 h:	VHS Alte Waage: WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS, 95. Abend: „Allein gegen die Rüstungsindustrie“ – über Jürgen Grässlins Arbeit und Opfer deutscher Rüstungsexporte, Film, Diskussion, Aktion
----------------------	--

27.11., 17 h: Adventsbasar in St. Thomas, Heidberg, Bautzenstr.

Wir haben an diesem Tag einen großen Adventsbasar, auf dem es auch Produkte aus Bethlehem (Olivenholzschnitzereien, Öl aus Talitha Kumi und Wein aus Cremisan) zu kaufen gibt.

Ab 17. 00 Uhr wird Maurice Younan über die aktuelle Situation in Bethlehem und speziell in Talitha Kumi berichten. Um 18.00 Uhr werden wir eine gemeinsame Lichterandacht feiern. Es wäre schön, möglichst viele von Ihnen / Euch begrüßen zu können. Kaffee und Kuchen gibt es auch.

Salam und Shalom, Eckehard Binder

1.12., 19 h	Mitgliederversammlung des Friedenszentrums, T: 351147
--------------------	--

Letzte Meldung:

Dutzende israelische FriedensaktivistInnen versammelten sich am Strand nahe Ashdods, wohin das neue **Jüdische Friedensschiff** von der israelischen Marine geschleppt wird, um gegen die Beschlagnahme des Schiffs und die andauernde Blockade Gazas zu protestieren. Die Plakate der Protestierenden:

"Medicines – A Security Risk?"

"Let Gaza Live"

"The blockade and the construction on settlements destroy us all"

"Jews and Arabs refuse to be enemies"

Pressemeldung Gush Shalom 29.9.2010

Zitat

Eine mächtige Flamme entsteht aus einem winzigen Funken.

Dante Alighieri

Wir erinnern an die Zahlung d. Mitgliedsbeitrags 2010: 3 € oder mehr oder weniger pro Monat!

Mit Friedensgruß
Frieder Schöbel und Daniel Gottschalk